

Regionaljournal Steiermark

Ärzte-Gehälter: Weitreichendes Angebot des Landes an KABEG-Ärzte erneuert

LH Kaiser, Auer: Renommierte Wirtschaftsprüfungskanzlei begutachtete Angebot des Landes. - Bis Jänner auszuarbeitendes, neues Gehaltsschema soll von breiter Basis geprüft werden. - Appell: beste Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten.

In der Diskussion um Verbesserungen der Arbeitssituation für KABEG-Ärzte lud Personalreferent Landeshauptmann Peter Kaiser heute, Mittwoch, zu einem neuerlichen Verhandlungstermin. Überaus verwundert und enttäuscht zeigte sich der Landeshauptmann darüber, dass die Ärztevertreter, die der Zentralbetriebsrat in das Verhandlungsteam nominiert hat, zwar diesen Termin gewünscht hätten, jedoch der Sitzung fern geblieben sind. Die heutigen Gespräche fanden mit Zentralbetriebsrat Arnold Auer sowie den Betriebsräten der KABEG-Häuser, David Redescy, Manfred Pichler, Waltraud Rohrer und Herta Kristler, statt.

„Nichtsdestotrotz bleibt unsere Hand ausgestreckt. Die angebotenen 13,5 Millionen Euro, 11,7 Millionen davon gehen direkt in die Ärztegehälter, sind das äußerste Limit“, erklärte Kaiser nach den Gesprächen. Diese Summe wurde auch von der

internationalen Wirtschaftsprüfungskanzlei Moore & Stevens überprüft und als korrekt attestiert. „Das Angebot basiert auf dem vielgelobten steirischen Modell. In Salzburg forderte die Ärzteschafft heute eine Erhöhung der Gehälter um 13 Millionen Euro und lehnt sich damit ebenfalls an der Steiermark an“, so Kaiser, dem die Ärzte bisher nicht erklären konnten, warum etwas das in anderen Bundesländern hoch gepriesen wird, für Kärnten nicht gut genug sein soll.

Jedenfalls werde bis Jänner von der KABEG ein neues Gehaltsschema ausgearbeitet. Wenn dieses auf dem Tisch liegt, sind alle Betroffenen eingeladen, das Konzept zu prüfen und sich einzubringen. „Das neue Gehaltsschema soll zukunftsweisend sein“, so Kaiser. Ziel sei es unter anderem, Jungärzten höhere Einstiegsgehälter zu ermöglichen und Fachärzte mit Erfahrung an die Krankenhäuser zu binden. Die Erhöhungen für die Gehälter werden dann rückwirkend mit 1. Jänner 2015 ausbezahlt. „Damit nehmen wir uns unnötigen Zeitdruck“, ist Kaiser überzeugt. Er appelliert an alle Beteiligten, während der Ausarbeitung und in der Partizipationsphase die Gesundheitsversorgung in vollem Umfang aufrecht zu erhalten und den Menschen dadurch die nötige Sicherheit zu geben.

Zentralbetriebsrat Auer bedauerte das Fernbleiben der Ärzte, wie etwa von Kurienobmann und Ärztekammervizepräsident Ingo Kager und den gewählten Ärztevertretern aus den KABEG-Häusern. „Es ist eine Sache, Forderungen aufzustellen und mit unterschiedlichen Meinungen zu diskutieren. Es ist aber kein Weg, die Verhandlungsrunde zu fordern, um dann fern zu bleiben und eine Diskussion erst gar nicht aufkommen zu lassen“, erklärte Auer. Am Freitag findet eine Sondersitzung des Kabeg-Aufsichtsrates statt, der sich mit dem Thema

Ärztegehälter befasst.